

**Positionspapier**

# **Asyl- Situationsanalyse und Forderungen für den Kanton Schwyz**

Verabschiedet an der Mitgliederversammlung vom 8. September 2015

# 1. AUSGANGSLAGE

## *Auf Bundesebene*

Die Asylgesetzrevision wurde im Parlament massgeblich von der CVP geprägt. Das neue Asylgesetz wird zu kürzeren Verfahren, zu mehr Sicherheit und zu einer Entlastung der Kantone führen. Die Schweiz wird für Wirtschaftsflüchtlinge weniger attraktiv und kann sich damit auf den Schutz echter Flüchtlinge konzentrieren. Damit wird die Schweiz ihrer humanitären Tradition gerecht.

Das neue Asylgesetz sieht beschleunigte Verfahren für Asylsuchende vor. Indem die Ankömmlinge zu Beginn in Bundeszentren untergebracht werden, können sie einheitlich betreut und Ihre Asylgesuche schneller behandelt werden. Asylsuchende würden für die gesamte Dauer des Verfahrens bis zu ihrer allfälligen Wegweisung in Bundeszentren untergebracht bei einer maximalen Verfahrensdauer von 140 Tagen. Sind für den Entscheid über ein Asylgesuch weitere Abklärungen notwendig, werden die Asylsuchenden für erweiterte Verfahren wie bisher den Kantonen zugewiesen. Diese Verfahren sollen innerhalb eines Jahres rechtskräftig abgeschlossen werden.

## *Auf Kantonsebene*

Der Kanton Schwyz verfügt derzeit über zwei Asylzentren: Grünenwald (Muotathal) und Degenbalm (Morschach). Beide Zentren werden durch die Caritas Schweiz erfolgreich und kostengünstig betrieben. Familien, unbegleitete Minderjährige und Frauen finden in Morschach umfassende Betreuung, während die alleinstehenden Männer getrennt von Ihnen in Grünenwald untergebracht werden. Damit kann den speziellen Betreuungsbedürfnissen von Frauen und Kindern Rechnung getragen werden.

Im Kanton Schwyz wird es bald einen Mangel an ausreichenden Unterkünften geben, bzw. ist diese Platznot bereits eingetreten. Das Zentrum Grünenwald sollte bereits im Sommer 2014 geschlossen werden. Diese Schliessung wurde nun bis zu eineinhalb Jahre verschoben. Dann jedoch kann das stark sanierungsbedürftige Gebäude nicht mehr genutzt werden. Es ist unvermeidbar, nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten Ausschau zu halten. Die Lösung sah die Regierung ursprünglich in der Inbetriebnahme eines kantonalen Durchgangszentrums in Innerthal. Dies scheiterte jedoch im Kantonsrat. Die grosse Mehrheit der Kantonsrätinnen und Kantonsräte sprachen sich, vor allem aufgrund der hohen Sanierungskosten der einstigen Jugendherberge, gegen die Nutzung aus. Wie es mit der Unterbringung weiter geht, ist bis jetzt nicht beantwortet.

Neu ist im Wintersried das Areal der Militärpolizei ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Der Bund, resp. das Staatssekretariat für Migration, favorisiert diesen Standort für den Betrieb eines Ausreise – und Wartezentrums mit einer Kapazität von rund 340 Personen.

## 2. Haltung der CVP

Grundsatz: Wir erhalten die humanitäre Tradition der Schweiz, aber bekämpfen den Missbrauch des Asylrechts. Die Flüchtlingspolitik respektiert die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention. Dies unter der Forderung:

### Fair, aber Konsequent!

#### **Fair:**

Wir halten uns an die geltenden Menschenrechte und heissen Flüchtlinge, welche den Status als Flüchtling tatsächlich erfüllen, in der Schweiz willkommen. Menschen in Notlagen sollen unsere Hilfe in Anspruch nehmen können, wenn sie diese wirklich benötigen.

Alle Menschen sollen Zugang zu einem funktionierenden, raschen und rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.

Indem wir uns für eine beschleunigte Abwicklung der Asylverfahren einsetzen, ermöglichen wir die baldmöglichste Integration der Flüchtlinge.

Diejenigen, welche nicht zurückreisen, sollen eine baldige Integration in die Gesellschaft erhalten. Wichtig ist namentlich eine sprachliche, gesellschaftliche Integration, aber auch einen Einbezug in den Arbeitsprozess zur Entlastung der Gemeinden. Kinder sollen umgehend Zugang zur Schulbildung erhalten.

#### **Konsequent:**

Asylsuchende, welche die Flüchtlingseigenschaft nicht erfüllen, sollen baldmöglichst in ihr Heimatland zurückkehren, sofern die Voraussetzungen für eine vorläufige Aufnahme nicht gegeben sind. Deshalb setzen wir uns für eine Beschleunigung des Asylverfahrens und die Verkürzung der Rechtmittelfristen ein.

Um den Flüchtlingsstrom zu dämmen, wollen wir die Migrationsaussenpolitik fördern und befürworten Migrationspartnerschaften inklusive Rückübernahmeabkommen mit

afrikanischen und weiteren Ländern ab. Die Armutsmigration ist in ihrem Ursprung zu lösen, nicht nur die entsprechenden Folgen mitzutragen!

Zusätzlich soll der Missbrauch konsequent bekämpft werden. Wer während des Verfahrens ein Verbrechen oder Vergehen begeht, soll kein Asyl erhalten. Sie sind offenbar nicht integrationswillig. Unsere Gesetze gelten für alle und sollen auch bei allen durchgesetzt werden.

Wer sich nach Abweisung des Asylgesuchs weiter illegal in der Schweiz aufhält, wird in Ausschaffungshaft genommen. Wir fordern deshalb auch eine verbesserte Zusammenarbeit der migrationspolitisch relevanten Behörden (Staatssekretariat für Migration SEM, Kantonspolizei, Bundesanwaltschaft, fedpol und Grenzwachtkorps).

### **3. Massnahmen für unseren Kanton**

#### ***Grosse Anerkennungsquote von eritreischen Asylsuchenden überdenken***

Ein beträchtlicher Teil der Asylbewerber in unserem Kanton und damit auch in unseren Gemeinden stammen derzeit aus Eritrea. Die Asylgesuchsteller aus diesem Land machen geltend, sie würden wegen ihrer Dienstverweigerung bzw. Desertion als Flucht vor dem zeitlich unbegrenzten Militärdienst vom Staat verfolgt und müssten mir harten Sanktionen oder gar Folter rechnen. Die CVP will wissen, ob diese Asylgewährung gerechtfertigt ist, um weitergehende Massnahmen zu prüfen. Wir fordern vom Bundesrat eine Überprüfung der Anerkennungspraxis von eritreischen Asylsuchenden. Speziell soll die Anerkennung als Flüchtling nur sehr restriktiv ausgesprochen werden und der Fokus primär auf den Entscheid im Rahmen einer vorläufigen Aufnahme gelegt werden. Zudem fordern wir verlässliche, verifizierbare Informationen zur Menschenrechtssituation in Eritrea, um einschätzen zu können, ob und wann mit den Möglichkeiten von Rückführungen eritreischer Asylsuchenden zu rechnen ist.

In diesem Sinne hat Kantonsrat Bruno Beeler (Goldau) eine Interpellation an den Regierungsrat eingereicht. Er will unter anderem wissen, ob es zutrifft, dass Eritreer zu Besuchen ins Heimatland reisen, sich in Eritrea freikaufen könnten und in welcher Form der Kanton Schwyz darauf hinwirken könnte, dass eine aktuelle Beurteilung der Verfolgungsproblematik in Eritrea vorgenommen wird. Gestützt darauf wird die CVP Kanton Schwyz weitere Massnahmen prüfen.

#### ***Unterbringungsproblematik im Kanton und den Gemeinden***

Wir setzen uns dafür ein, dass schnellstmöglich Unterbringungsmöglichkeiten in kantonalen Strukturen geschaffen werden. Prioritär hat bis zur Schliessung des Asylzentrums Grünenwald, mit Platz für 50 Personen, eine echte Alternative zur Verfügung zu stehen. Zudem sind zusätzliche Kapazitätserweiterungen zu schaffen, wel-

che die gegenwärtigen Zuweisungen durch den Bund abdecken können und den Druck auf die Gemeinden und Bezirke mindern.

Die Asylsuchenden sollen erst nach 6 Monaten auf die Gemeinden verteilt werden, damit im Bund oder Kanton zentral eine minimale Einführung der Asylsuchenden in die Gepflogenheiten der Schweiz sicherstellen kann.

Die CVP Kanton Schwyz will vom Regierungsrat wissen, welche Alternativen für das Asylzentrum Grünenwald ins Auge gefasst wurden, bis zu wie viel Asylsuchende durch den Kanton Schwyz aufgenommen und betreut werden können, bevor von einem eigentlichen Notstand gesprochen werden kann und ob ein Notfallkonzept angebracht wäre für den Fall, dass die jetzigen Asylzentren voll belegt sind.

### ***Erstaufnahmezentrum im Wintersried***

Der Umnutzung des Areals im Wintersried als Bundeszentrum steht die CVP skeptisch gegenüber.

Die CVP Kanton Schwyz wird sich über den Stand der Abklärungen zur Nutzung des Wintersrieds informieren und ihre Bedenken während der Planungs- und Umsetzungsphase einbringen.

### ***Verteilung der Asylsuchenden***

Es ist zu vermeiden, dass durch eine zu grosse Konzentration Parallelgesellschaften entstehen. Eine grosse Anzahl Asylsuchende fernab den nächsten Beschäftigungsmöglichkeiten in einem Militärzentrum oder in kleineren Ortschaften anzusiedeln, ist weder für die dort ansässige Bevölkerung noch für die Asylsuchenden wünschenswert. Durch eine Konzentration ist keine zielführende Integration in die Gesellschaft möglich.

### ***Integration***

Wir unterstützen die Integrationsförderung, wie sie der Kanton Schwyz zur Zeit anbietet. Sie folgt dem Grundsatz „Fördern und Fordern“. Zuwandernde sollen sich aktiv bemühen, Teil der Gesellschaft zu werden. Fremdsprachige sollen die Ortssprache rasch erlernen. Gleichzeitig sollen Integrationsmassnahmen für spezifische Personen verpflichtend gemacht werden. Dies in Form von Integrationsvereinbarungen. Integrationsmassnahmen wirken präventiv und sollen deshalb so früh wie möglich angewandt werden.

Schwerpunkte der Integrationsmassnahmen sollen in der systematischen Erstinformation, der Frühförderung von Kindern von Migrantinnen und Migranten sowie in

der Arbeitsintegration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen liegen.

***Integrationmassnahmen sollen auch dazu dienen, im Herkunftsland wieder bessere Chancen zu haben.***

### ***Arbeit für Asylsuchende***

Arbeit führt zu einer wirksamen und nachhaltigen Integration. Deshalb müssen Asylsuchende, welche auf die Kantone verteilt werden, und vorübergehend aufgenommene Flüchtlinge möglichst schnell eine Lehre absolvieren oder nach ihren beruflichen Fähigkeiten im ersten Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Hierzu sind optimale Rahmenbedingung zu schaffen und bürokratische Hürden abzubauen. Es ist ein Anreizsystem für arbeitswillige Asylsuchende zu schaffen. Wer arbeitet, soll höhere Leistungen erhalten als die anderen. So profitiert letztendlich die ganze Gesellschaft und der Staatshaushalt wird entlastet.

### ***Finanzielle Fehlanreize bekämpfen***

Da ein Anteil der Flüchtlinge einen Teil der Unterstützungsgelder (Flüchtlingsspau-schale, WSH) in ihr Herkunftsland überweist, sind keine Barauszahlungen mehr auszurichten. Diese Unterstützung ist in Naturalleistungen abzugeben. Damit wird einerseits der gezielten „Entsendung“ von Wirtschaftsflüchtlingen entgegen gewirkt. Andererseits wird dadurch der Anreiz geschaffen, sich mit eigener Arbeit wirtschaftlich selbständig zu machen, bzw. sich von den Naturalleistungen zu lösen.

### ***Probleme im Ursprung lösen***

Wir unterstützen eine Verstärkung der internationalen Migrations-Zusammenarbeit. Insbesondere dann, wenn damit die Steuerung der Migration verbessert oder die Missbrauchsbekämpfung gestärkt wird. Wirtschaftsflüchtlinge erfüllen die Voraussetzungen für Asyl nicht. Wer also alleine in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Schweiz einreist, wird enttäuscht. Vielmals sind es aber diese Personen, bei welchen sich eine Rückführung als schwierig erweist. Es gilt, die Situation der Asylsuchenden in ihren Ursprungsländern zu lösen.

### ***Zusammenarbeit***

Wichtig für ein gutes Gelingen ist die enge Zusammenarbeit auf Stufe Bund - Kantone wie auch auf Stufe Kanton - Gemeinden.

# Forderungen Asylrecht CVP Kanton Schwyz

8. September 2015

**Entweder direkt von Kanton und Gemeinde umsetzen oder entsprechende Einflussnahme beim Bund.**

1. Neubeurteilung Flüchtlingseigenschaft für asylsuchende Eritreer: im Zweifelsfall nur noch vorläufig aufnehmen
2. Unterstützung für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge für die ersten 7 bzw. 5 Jahre mit den Flüchtlingspauschalen (keine Wirtschaftliche Sozialhilfe), primär bei den alleinstehenden Flüchtlingen
3. Erhöhung der Flüchtlingspauschale mit Abstufung bei Erwerbstätigkeit/Teilerwerbstätigkeit: Anreizsystem
4. Unterstützung der Flüchtlinge für die ersten 7 beziehungsweise 5 Jahre nur noch in Form von Sachleistungen
5. Keine Zuteilung von Asylsuchenden mit N-Status (noch im Asylverfahren) an die Gemeinden
6. Unterbringungskapazität Bund und Kanton ausweiten: Zuteilung an Gemeinden frühestens nach 6 Monaten
7. Integration von Flüchtlingen nach Asylentscheid (alle Versionen F-Status) von Beginn weg in den ersten Arbeitsmarkt anstreben: Anreize für Firmen mit Unterstützung für Ausbildungsplätze/Arbeitsplätze von Asylsuchenden
8. Gezielte Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden, damit keine Parallelgesellschaften entstehen können
9. Enge Zusammenarbeit Bund/Kantone/Gemeinden
10. Hilfe vor Ort verstärken, d.h. möglichst nahe am Konfliktherd